

meisterschaften... in Nürnberg... Die Bremer... Unter... hause spielen... mitteldeutsche... erdwesende... umde um die... 1 0:0 (0:0)... beide Parteien... sehr flott ge... in der Spiel... alle zu... ungünstige... wäre das Spiel... vollständige... energischer... Verteidigung... ugend! Der... wird, soll vor... men bis zum... n der Spiel... in der Spiel... Spiele aller... die Ausflüge... auf, welcher... ammengelegte... Eintrittspreise... ngen nehmen... und Baum...

# Dresdner Volkszeitung

Organ für das werktätige Volk  
Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Postkontos: Dresden, Gebr. Arnhold, Dresden und Göschl, Staatsbank  
Bezugspreis einschließlich Bringselohn mit den wöchentlichen Beilagen: Nach der Arbeiter- und Volk- und Zeit für einen halben Monat 1 M., Einzelnummer 10 Pf.  
Schriftleitung: Wettinerplatz 10, Fernsprecher Nr. 25261, Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10, Fernsprecher Nr. 25261, Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachm.  
Anzeigenpreise. Grundpreise: die 29 mm breite Kopparzeile 30 Pf., die 90 mm breite Reflektanzzeile 1,50 M., für auswärtsige Anzeigen 35 Pf. und 2 M. Familienanzeigen, Stellen- und Reisegeschäfte 40 Proz. Rabatt. Für Beilagenlieferung 10 Pf.  
Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung  
Nr. 98  
Dresden, Dienstag den 28. April 1925  
36. Jahrg.

## Vorwärts zu neuen Kämpfen! Parteigenossen, Parteigenossen!

Am 26. April 1925 wurde der monarchistische General von Hindenburg zum Präsidenten der Deutschen Republik gewählt. Hindenburg war der Kandidat aller schwarzweißen Reaktionen, die aus dem fürchterlichen Zusammenbruch des Kaiserlichen Systems nichts gelernt haben. Die Welt wird in dieser Wahl das Wiedererwachen des militaristischen Geistes in Deutschland sehen. Ungünstige Folgen, die daraus entstehen können, wird das deutsche Volk wieder in seiner Gesamtheit zu tragen haben.

Wir aber sagen euch heute schon, daß wir zum Schutze der Deutschen Republik auf der Wacht sein werden. Wir werden alle Versuche der Vorbereitung einer monarchistischen Reaktion ebenso offen und eindringlich bekämpfen, wie wir die Pläne jeder sich etwa aus der junkerlichen und monarchistischen Umgebung Hindenburgs bildenden Nebenregierung durchkreuzen werden. Unser deutsches Vaterland kann nach dem Zusammenbruch des Kaiserreichs im Rahmen der europäischen Völkervereinigung nur als Republik leben.

Genosseninnen und Genossen! Die monarchistischen Junker und Bourgeois hätten ihren Hindenburg aber am 26. April 1925 allein nicht durchbringen können. Ihr Kandidat hat nicht die Hälfte der abgegebenen Stimmen auf sich vereinigt. Wenn Hindenburg gewählt wurde,

interessen der Arbeiterklasse muß zu einer gründlichen Abrechnung mit dem Kommunismus führen. Alle Klassenbewußten Arbeiter müssen unter den sozialdemokratischen Fahnen die Reihen schließen.

Genossinnen und Genossen! Die deutsche Arbeiterklasse geht schweren Zeiten entgegen. Ihr droht das neue Hindenburg-Programm:

- Erhöhung der indirekten Steuern bei Erhaltung der unsozialen Gestaltung der die Arbeiter, Angestellten und Beamten so schwer drückenden Lohnsteuer.
- Wiedereinführung der den Haushalt des einfachen Mannes schwer belastenden Brotgetreidezölle zugunsten der Agrarier.
- Verweigerung der gesetzlichen Festlegung des Achtstundentages.

Daneben werden die enteigneten Spärer und Rentner im Interesse des Kapitalismus und der Großlandwirtschaft durch Verhinderung einer sozialen Lösung der Auswertungsfrage um ihre Ansprüche betrogen werden.

Diese Zeit, in der so schwere neue Lasten drohen und in der der soziale Gedanke in Befehgehung und Verwahrung immer mehr verloren geht, ist für die wirkenden Gedanken des Sozialismus außerordentlich günstig. Es gilt diese Zeit zu nützen. In unseren Reihen müssen die Millionen Anschließenden der Arbeiterklasse nach zu uns gehören. Dabei sind den Schichten besonders Aufmerksamkeit zu widmen, die durch den Krieg und die Kriegsfolgen proletarisiert wurden. Je stärker wir werden, desto mehr wird es uns gelingen, der demokratischen Republik einen sozialen Inhalt zu geben.

In diesem Sinne, Genossinnen und Genossen, an die Arbeit für unsre großen Ziele.

## Die Arbeiten des Reichstags

H.F. Der Reichstag tritt am Dienstag, dem 28. April, nach dreiwöchiger Pause wieder zusammen. Einige Ausschüsse haben aber auch während der Pause Sitzungen abgehalten, um Vorlagen für das Plenum vorzubereiten, das nun wohl — mit einer Unterbrechung zu Pfingsten — bis Mitte Juli, also bis in den Hochsommer, tagen wird.

Vom Rechts- und Haushaltsausschuss liegen Berichte an die Vollversammlung vor. Besonders wichtig ist der des Rechtsausschusses, der die Beratung über einen sozialdemokratischen Antrag abgeschlossen hat. Der Antrag fordert die Wiederaufnahme des Verfahrens gegen Urteile der bayerischen Volksgerichte gegen die Sozialdemokratische Partei, die auch von maßgebenden juristischen Kreisen als verfassungswidrig betrachtet wurde. Die Sozialdemokratische Partei hat einen scharfen Kampf gegen diese Sonderrechte geführt, der freilich nicht zu einem sofortigen und unmittelbaren Erfolge führte. Die Wiederaufnahme des Verfahrens soll die Möglichkeit geben, die Tätigkeit dieser „Volksgerichte“ zu korrigieren, soweit dazu noch Anlaß gegeben ist.

Der Rechtsausschuss hat zwar dem sozialdemokratischen Antrag nicht in allen Einzelheiten zugestimmt, ihn in der Hauptsache aber doch zum Beschluß erhoben. Er schlägt den Entwurf eines Gesetzes vor, das in Artikel 1 bestimmt: „Gegenüber den Urteilen der bayerischen Volksgerichte findet die Wiederaufnahme des Verfahrens nach den Vorschriften der Strafprozessordnung statt.“ Weiter ist gesagt, daß die Wiederaufnahme zugunsten des Verurteilten besonders dann stattfinden soll, wenn aus tatsächlichen oder rechtlichen Gründen die Verurteilung des Angeklagten oder eine geringere Bestrafung zu erwarten ist. — Besonders sind es entschiedene Republikaner und Angehörige der Linksparteien, die den bayerischen „Volksgerichten“ zum Opfer gefallen sind. (Wir erinnern nur an den fürstlichen Fall Badenbach.) Das Gesetz soll nach der Publikation sofort in Kraft treten. Die Annahme im Reichstag dürfte sicher sein. Es steht bereits auf der Tagesordnung der ersten Sitzung. Wenn die Korrektur auch sehr spät kommt, so wird trotzdem doch noch manches harte Urteil gemildert oder beseitigt werden können. Das energische Vorgehen der sozialdemokratischen Fraktion hat also immerhin noch einen gewissen Erfolg zu verzeichnen.

Der Haushaltsausschuss hat den Etat der Reichspost erledigt. Im Voranschlag selbst werden keine Veränderungen vorgeschlagen. Der Reichstag wird aber ericht, eine Anzahl wichtiger Entscheidungen anzunehmen. Sie betreffen hauptsächlich die Verhältnisse der mittleren und unteren Beamten und verlangen eine Verbesserung der Lage dieser Schichten. Ferner sollen die vom Reichsminister beschlossenen Dienstleistungen für die Reichsbediensteten „loyal und mit aller Bequemlichkeit“ allgemein durchgeführt werden. — Andere Entscheidungen betreffen den Postverkehr, dessen Verbesserung im Interesse des Publikums angestrebt wird. Der Ausschuss wendet sich entschieden gegen die Verschlechterung des Postbediensteten, speziell in Rücksicht auf die „bereditigten“ Anlagen über örtliche Veränderungen der Briefbestellung. Es wird dringend Abhilfe und auch die Verbesserung der Postbestellung auf dem Lande verlangt. Ferner soll die Reichsregierung dafür sorgen, daß die Ueberparteilichkeit des Rundfunks unter allen Umständen sichergestellt wird. Recht bemerkenswert ist die (an sich selbstverständliche) Forderung, daß Druckaufträge der Reichsbehörden an die Privatindustrie erst dann vergeben werden, wenn die Reichsdruckerei voll beschäftigt ist und die anderweitige Vergabe wirtschaftlicher ist. Und zwar deshalb, weil die bürgerlichen Mittelstandsretter kürzlich im Volkswirtschaftlichen Ausschuss so ungefähr das Gegenteil von dem forderten, was hier verlangt wird. Sie möchten am liebsten die eigene Regie des Reiches, seine wirtschaftlichen Betriebe, gang beseitigen um der Privatindustrie willen.

## So ist daran allein die Kommunistische Partei Deutschlands schuld.

Es lebe der Sozialismus, es lebe die Republik!

## Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

## Nach der Wahl

SPD. Der neue Reichspräsident wird voraussichtlich am Mai nach Berlin übersiedeln und am folgenden Tage durch den Reichspräsidenten, Genossen Lüde, vorverammeltem Reichstag vereidigt werden. Ein früherer Termin kommt kaum in Frage, weil der Reichspräsident mindestens noch sechs bis sieben Tage zur endgültigen amtlichen Feststellung der Wahlergebnisse braucht. Erst wenn diese amtliche Feststellung getroffen ist, kann Hindenburg das höchste Amt der deutschen Republik antreten. Inzwischen hat sich der Reichspräsident schriftlich an ihn gewandt und ihm die Frage vorgelegt, ob er bereit ist, das Amt anzunehmen. Es handelt sich hier selbstverständlich nur um eine Formalfrage.

Der Empfang Hindenburgs in Berlin wird durch die Behörden, insbesondere den stellvertretenden Reichspräsidenten, Dr. Simons, den Reichsminister und die Reichsministerien erfolgen. Aus diesem Anlaß sollen die Behörden angewiesen werden, die Reichsfahnen zu hissen, so daß der schwarzweiße Reichspräsident unter schwarzroten Fahnen seinen Einzug halten wird. Die Reichswehr wird natürlich ebenfalls aufgezogen, und zwar ist geplant, aus jeder Garnisonstadt ein Kommando nach Berlin zu beordern. Insbesondere die Stahlhelmorganisation des Reichspräsidenten Hindenburg einen großen Empfang zu bereiten und dem Kaiser bis zum Palast des Reichspräsidenten Spalier zu bilden. Für den Abend des Einzugstages ist ein Festbankett vorgesehen.

## Die preussische Frage

Die preussischen Regierungsverhältnisse dürften durch die Wahl Hindenburgs kaum beeinflusst werden. Zweifellos werden die Rechtsparteien jetzt versuchen, den Volkswahl zu sprengen und das Zentrum zu sich herüberzuziehen. Aber es hat den Anschein, daß diese Versuche vergebens sein werden, da die Zentrumsfraktion des preussischen Landtags in ihrer Mehrheit die feste Ansicht hat, den Wahl der republikanischen Parteien auf absehbare Zeit auch weiterhin aufrechtzuerhalten. Es ist unter diesen Umständen nicht ausgeschlossen, daß die Debatte über die am Dienstag nachmittag zu erwartende Regierungserklärung des preussischen Ministerpräsidenten mit einer Hebertragung endet.

## Den französischen Militarismus gestärkt!

D. Berlin, 28. April. (Wagner Frankfurt.) Die der französischen Zeitung aus London gemeldet wird, habe der französische Ministerpräsident Poincaré im Hinblick auf den Ausgang der Wahlen in Deutschland eine außerordentlich wichtige Unterredung mit dem englischen Botschafter in Paris gehabt, in welcher der französische Ministerpräsident die Auffassung der französischen Regierung über die politischen Folgen der deutschen Präsidentschaftswahl entwickelt haben soll. Die Diplomaten darauf vorbereitet, daß Frankreich in der Weltwirtschaftskonferenz sich nach der Wahl Hindenburgs rücksichtslos für die Forderungen des obersten Militarismus in Versailles begünstigt der Terrorkonföderation der Aberruktion Deutschlands als politische Forderung zu eigen machen müsse. — In London sei außerdem bekannt geworden, daß nach dem Austritt des Kabinetts Poincaré und der Auffassung der Kandidatur Hindenburg die französischen Militärs einen neuen Vorstoß unternommen haben, um die führenden politischen Gamaschenknapp und bis zum letzten Vorbefahrer abzurufen. Hindenburgs Wahl habe in Paris die Militärs erheblich gestärkt, wie das von vornherein in London befürchtet wurde.

## Den französischen Militarismus gestärkt!

Die wichtigsten Entscheidungen des Reichstags über den Etat auf die Jahre 1924 und 1925 — beide werden zugleich behandelt — stehen noch aus. So die über das Finanz- und das Reichsweheministerium. Mit letzterem hat sich der Ausschuss bereits befaßt, das andre ist noch gar nicht in Angriff genommen. Der Haushaltsplan muß aber vor Beginn der Sommerferien unter allen Umständen erledigt, eine große Anzahl dazu gehöriger Antragskontrahe muß mit behandelt werden. Wichtige Entscheidungen sind über neue Handelsverträge zu treffen. Eine Sache, die zu großen Komplikationen führen kann, wie der erste derartige Fall, die Entscheidung über den deutsch-italienischen Handelsvertrag. Die Regierungsparteien verweigern hier bisher und sie bringen ihre eigene Regierung in die größten Verlegenheiten. Auf den weiteren Verlauf dieses wichtigen Falls und seine endgültige Erledigung darf man sehr gespannt sein.

## Die Entstellung Hindenburgs

Die Entstellung Hindenburgs und vor allem die Absichten der Reichsregierung zum Amtsausüben. Das Kabinett hat sich zwar noch nicht endgültig entschieden, ob es formell dimittieren soll, aber es scheint jetzt, daß Neigung hierzu nicht besteht. In der Verfassung ist ein Rücktritt der Regierung im Falle der Wahl eines neuen Reichspräsidenten nicht ausdrücklich vorgesehen. Wwegen heißt es, daß der Reichspräsident die Reichsminister ufm, zu ernennen hat. Aus dieser Formulierung könnte die Notwendigkeit eines Rücktritts gefolgert werden; aber auch diesem Rücktritt kommt in einem parlamentarisch regierten Staat, wie es Deutschland heute ist, nur formelle Bedeutung zu, da der Reichspräsident die Minister lediglich auf Vorschlag des Reichstags ernannt und dieser wiederum Vorschläge nach Rücksprache mit den Parteien macht.

Die Entstellung Hindenburgs und vor allem die Absichten der Reichsregierung zum Amtsausüben. Das Kabinett hat sich zwar noch nicht endgültig entschieden, ob es formell dimittieren soll, aber es scheint jetzt, daß Neigung hierzu nicht besteht. In der Verfassung ist ein Rücktritt der Regierung im Falle der Wahl eines neuen Reichspräsidenten nicht ausdrücklich vorgesehen. Wwegen heißt es, daß der Reichspräsident die Reichsminister ufm, zu ernennen hat. Aus dieser Formulierung könnte die Notwendigkeit eines Rücktritts gefolgert werden; aber auch diesem Rücktritt kommt in einem parlamentarisch regierten Staat, wie es Deutschland heute ist, nur formelle Bedeutung zu, da der Reichspräsident die Minister lediglich auf Vorschlag des Reichstags ernannt und dieser wiederum Vorschläge nach Rücksprache mit den Parteien macht.

## Die Entstellung Hindenburgs

Die Entstellung Hindenburgs und vor allem die Absichten der Reichsregierung zum Amtsausüben. Das Kabinett hat sich zwar noch nicht endgültig entschieden, ob es formell dimittieren soll, aber es scheint jetzt, daß Neigung hierzu nicht besteht. In der Verfassung ist ein Rücktritt der Regierung im Falle der Wahl eines neuen Reichspräsidenten nicht ausdrücklich vorgesehen. Wwegen heißt es, daß der Reichspräsident die Reichsminister ufm, zu ernennen hat. Aus dieser Formulierung könnte die Notwendigkeit eines Rücktritts gefolgert werden; aber auch diesem Rücktritt kommt in einem parlamentarisch regierten Staat, wie es Deutschland heute ist, nur formelle Bedeutung zu, da der Reichspräsident die Minister lediglich auf Vorschlag des Reichstags ernannt und dieser wiederum Vorschläge nach Rücksprache mit den Parteien macht.

## Die Entstellung Hindenburgs

Die Entstellung Hindenburgs und vor allem die Absichten der Reichsregierung zum Amtsausüben. Das Kabinett hat sich zwar noch nicht endgültig entschieden, ob es formell dimittieren soll, aber es scheint jetzt, daß Neigung hierzu nicht besteht. In der Verfassung ist ein Rücktritt der Regierung im Falle der Wahl eines neuen Reichspräsidenten nicht ausdrücklich vorgesehen. Wwegen heißt es, daß der Reichspräsident die Reichsminister ufm, zu ernennen hat. Aus dieser Formulierung könnte die Notwendigkeit eines Rücktritts gefolgert werden; aber auch diesem Rücktritt kommt in einem parlamentarisch regierten Staat, wie es Deutschland heute ist, nur formelle Bedeutung zu, da der Reichspräsident die Minister lediglich auf Vorschlag des Reichstags ernannt und dieser wiederum Vorschläge nach Rücksprache mit den Parteien macht.